

Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire
Herausgeber: [s.n.]
Band: 8 (2001)
Heft: 2

Artikel: "Der Experte" : Aufstieg einer Figur der Wahrheit und des Wissens =
"L'expert" : l'ascension d'une figure de la vérité et du savoir
Autor: Schumacher, Beatrice / Busset, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-20403>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«DER EXPERTE»

AUFSTIEG EINER FIGUR DER WAHRHEIT UND DES WISSENS

“Are you an e-xpert?” Die Frage richtet sich an Stellensuchende. Das freigestellte «e» des Experten ist zu jenem Code mutiert, den wir als Signal für die neue, die andere, die virtuelle Welt lesen gelernt haben. Diese E-Welt scheint ein Expertenwissen zu verlangen, ein E-Wissen sozusagen. Wer sich zu den E-Wissenden zählt und weiterliest, erfährt, dass *Content Managers*, *Natural Developers* oder *AS/400 Operators* gesucht sind.¹ Wer das dann immer noch versteht, dürfte eine potenzielle Bewerberin sein.

Dem kleinen Inserat gelingt es mit einfachsten Mitteln, einen Gegensatz zwischen Experte und Laie herzustellen. Die Herstellung dieser dualen Opposition gehört zu den Grundoperationen der Thematik, welche die Beiträge dieses Heftes erkunden. Was ist ein Experte und wer wird zum Experten? Wie wird Wissen zu Expertenwissen? Wer fragt solches Wissen wann und wofür nach? Ist es nur eine Einbildung, dass der «Experte» fast nur in seiner grammatikalisch männlichen Form denkbar scheint, und die «Expertin» fast schon eine ungewöhnliche Wortschöpfung darstellt? Solche Fragen weisen in grundsätzliche wie in spekulative Richtungen. Die Überlegungen zum gesellschaftlichen Umgang mit Wissen eröffnen ein weites thematisches Feld. Die Implementierung von medizinischen Erkenntnissen in den Ausbau des Sozialstaates, die Konfrontationen zwischen technischer Innovation und gesellschaftlicher Akzeptanz oder die Rolle von Experten als Popularisierer neuer Technologien im Haushalt oder eines veränderten Konsumverhaltens – drei Stichworte aus einer Palette relevanter Forschungsfelder, die in den letzten Jahren vermehrt in den Interessenhorizont von HistorikerInnen geraten sind. Sowohl die neueren Ansätze in der Wissenschafts- und Technikforschung als auch der Trend, kulturwissenschaftliche Perspektiven zu integrieren, haben dazu beigetragen. Die Beiträge dieses Schwerpunktes siedeln sich indessen thematisch in einem Feld an, das traditionell zur Geschichte von Politik und Verwaltung gehört, einer Domäne, die in der angloamerikanischen Forschung schon seit einigen Jahren und hierzulande auch allmählich unter neuen Vorzeichen sozusagen neu entdeckt wird.² Ohne spezifische methodologische Vorgaben haben wir das, was in diesem Schwerpunkt interessiert, funktional definiert als Schnittstelle zwi- ■ 15

schen WissensproduzentInnen einerseits, dem Staat respektive politischen AkteurInnen andererseits. Die AutorInnen beleuchten diese Schnittstelle in sehr unterschiedlicher Weise, und stecken exemplarisch einen Horizont ab, der sich geografisch in Zentral- und Nordeuropa bewegt, aber auch die USA und die Sowjetunion einschliesst. Zeitlich liegt der Fokus auf dem 19. und 20. Jahrhundert, eröffnet aber auch einen Blick in die Frühe Neuzeit.

Gerade der Übertragung einer Thematik, die es nach aller Evidenz erst seit dem 19. Jahrhundert zu geben scheint, stellt sich die Frage der Definition. *Achim Landwehr* hat sich dieser Aufgabe nicht entzogen. Er sieht in den Kommissaren der Republik Venedig im 16. Jahrhundert ein funktionales Äquivalent. In einer subtilen Analyse führt er vor, wie die Wissensproduktion von Notabeln, von der Regierung fallweise mit Problemlösungen beauftragt, nicht nur die Ebene des Tatsachenwissens, sondern auch die des Mythos bediente. In kulturhistorischer Perspektive diskutiert er weiter, dass uns weniger interessieren sollte, inwiefern diese Wissensbestände mit der «Realität» übereinstimmen, sondern vielmehr die Prozesse, durch die Wissen über einen Gegenstand etabliert wurde, inwiefern also bereits das «Machen von Wissen Macht bedeutet». Landwehr schneidet damit einen zweiten Komplex an, der untrennbar mit der Expertenproblematik verbunden (und auch in anderen Beiträgen dieses Heftes präsent) ist. Im Kern berührt die Frage nach der Macht, in welche die Frage nach der Hierarchie eingelassen ist, wiederum die duale Wissensstruktur von Experte und Laie. Zentral geht es immer wieder um Eines: Um die gesellschaftlichen und kulturellen Vorgänge, die ein bestimmtes Wissen von einem anderen unterscheiden, und zwar in Bezug auf seinen Status und seine Relevanz, – wobei derart ausgezeichnetes Wissen zwecks Absicherung gerne mit «Wahrheit» bezeichnet wird. Eine Struktur der binären Opposition wie diejenige zwischen Experten und Laien bietet dazu Vorteile: Sie behauptet die Existenz von zwei unterschiedlichen und nicht vergleichbaren Formen des Wissens und sie erlaubt die Herstellung von Hierarchie. Beides erinnert an die Konstruktion der Geschlechterverhältnisse, die auf einer grundlegenden Differenz der Geschlechter aufbaut und durch deren jeweilige Charakterisierung eine Hierarchie begründen konnte. Allerdings ergab sich dies keineswegs selbstläufig, sondern erforderte und erfordert eine ständige Anstrengung.

Die hier versammelten Aufsätze zeigen, dass die Geschichte des «Aufstiegs einer Figur der Wahrheit und des Wissens» eine Geschichte permanenter Kämpfe und auch eine Geschichte des drohenden «Falls» ist. Immer wieder geht es um die Modalitäten der Abgrenzung und des Status von Wissen und um die immense Fragilität in der Eigenwahrnehmung und der Akzeptanz von ExpertInnen. *Diana LeDinh* und *Thomas Busset* zeigen dies auf anhand des

Schweiz im 19. Jahrhundert. Langfristig bestätigt sich hier eine bekannte Tendenz: Die philanthropischen Generalisten werden von Spezialisten abgelöst, gleichzeitig verfeinern sich die Untersuchungsmethoden. Um 1870 verdichten sich die Debatten und zeigen deutlich das Bemühen um Wissenschaftlichkeit. In der Folge setzte sich die Auffassung, Spezialisten mit der Datenerhebung und -auswertung zu betrauen, zunehmend durch. Doch deren Status war um 1900 noch keineswegs anerkannt. So zögerten in den 1890er-Jahren die stadtbernerischen Konservativen nicht, die geplante Ernennung eines städtischen Statistikers zu verhindern, indem sie den vorgesehenen Kandidaten in einer Pressekampagne unter anderem als Sympathisanten der Sozialdemokraten diskreditierten. Massiven öffentlichen Verunglimpfungen waren auch einige der Protagonisten in der frühen Etablierung einer soziologischen Disziplin in den USA ausgesetzt, wie *Rainer Egloff* in seinem Beitrag zur Institutionalisierung des Faches als akademische Disziplin zeigt. Dieser Prozess war, wie die schweizerischen Enquêtes, mit der «sozialen Frage» verbunden, bildete hier aber den Anlass für ein ausgeprägtes Ringen um Autorität zwischen sozialreformerischen, politischen und religiösen Akteuren. Soziologische Expertise schälte sich aus einer Vielzahl konkurrierender Wissensangebote heraus, indem sie sich zunehmend naturwissenschaftlicher Analogien bediente. Sie erstrebte damit eine gewisse «entmoralisierte Neutralität», die der Absicherung des Status ihres Wissens wie ihrer VertreterInnen dienen sollte. Denn «Immoralität» zählte in der Frühzeit zu den zentralen Vorwürfen und leitete sich aus den Untersuchungsobjekten – Elend, Prostitution, Alkoholismus – her. Opfer einer solchen, als Moralverfehlung aufgebauchten Geschichte wurde 1918 William I. Thomas. Die Universitätsleitung von Chicago nahm sie zum Vorwand für die Entlassung einer ihrer bedeutendsten Professoren, der sich bereits zuvor etwa als Befürworter der Schwangerschaftsverhütung in der Öffentlichkeit unbeliebt gemacht hatte. Thomas setzte seine Karriere zwar fort. Deutlich ist indessen, dass der Status von Experten von ihrem gesellschaftlichen Umfeld abhängt. Wissen scheint als relevantes Expertenwissen wahrgenommen zu werden, wenn es den Erwartungen gesellschaftlich einflussreicher Gruppen entspricht. In diese Richtung deuten auch die Erkenntnisse zum Umgang mit Expertenwissen in der schweizerischen Aussenpolitik in der Zwischenkriegszeit. *Madeleine Herren* und *Sacha Zala* beleuchten die Expertenproblematik auf Grund der Praxis einer mandatierenden Behörde, des schweizerischen Aussenministeriums, und stellen auf Grund der Auswahl und Instruktion der Delegierten an internationale Konferenzen fest, dass der Expertenbegriff wenig stringent gehandhabt wurde. Eine Rezeption der international laufenden Debatten um Funktion und Bedeutung von ExpertInnen im staatlichen Kontext blieb aus. Es dominierte eine situativ-pragmatische Politik. Die ■ 17

zentrale Frage in diesem Artikel, nämlich wie in einer Demokratie Fachwissen staatlich eingebunden und genutzt wird, illustrieren drei Fallbeispiele. Sie werfen die Frage auf, wie sehr politischer Handlungsspielraum im Zusammenhang mit «Nähe zur Macht» zu sehen ist. Sie zeigen, dass wissenschaftliche Qualifikation zumindest nicht das einzige Kriterium war, sondern dass ein geschickter Umgang mit dem relativ offenen Expertenbegriff offenbar selbst zweifelhaft ausgewiesenen Personen vorübergehend Reputation und Einfluss verschaffen konnte.

Wie dominierend die Rolle der Nachfrage und der Erwartungen an Expertenwissen sein kann, geht mit aller Deutlichkeit aus dem Beitrag von *Wiebke Kolbe* hervor. Die Autorin diskutiert in einem vergleichenden Ansatz die bevorzugten nationalen Politiken Westdeutschlands und Schwedens in Sachen Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit von Müttern nach 1945. In Westdeutschland sprechen sie sich für eine kontinuierliche Betreuung des Kindes durch die Mutter aus, da angeblich nur schon kurze Abwesenheiten schwerwiegende psychologische Störungen hervorrufen könnten. In Schweden dagegen wurde, mehrheitlich nationalökonomisch fundiert, die Erwerbstätigkeit der Mütter empfohlen und darauf verwiesen, dass die frühe Sozialisation von Kleinkindern in Tagesstätten nur förderlich sein könne. Kolbe zeigt überzeugend, wie diametral entgegengesetztes Expertenwissen seine Glaubwürdigkeit in Abhängigkeit von höchst unterschiedlichen politischen Kulturen, gesellschaftlichen Konstellationen und Traditionen gewinnt respektive davon regelrecht «nachgefragt» wird. Expertenwissen erreicht seinen Status und vor allem seine Wirkung offenbar vor allem dann, wenn es mit den gesellschaftlich-politischen Erwartungen übereinstimmt. Dafür liefert auch *Sophie Pavillon* ein sprechendes Beispiel mit ihrer Studie zur Kommission für Konjunkturbeobachtung, welche in der Schweiz 1932 bei Einsetzen der Krise vom Bund eingesetzt wurde. Hier war versammelt, wer in ökonomischen und finanzpolitischen Kreisen Rang und Namen hatte. Umso erstaunlicher ist es, dass sie bislang kein historiografisches Interesse gefunden hat. Die hier vorgelegte erste Betrachtung erlaubt noch keine abschliessende Beurteilung darüber, ob die staatlich bestellten Konjunkturbeobachter einzelne Entscheidungen beeinflussen konnten oder ob ihre Berichte eher einen generellen ideologischen Effekt erzielten. Vergleicht man die Grundhaltung der Kommission und die generelle Richtung der schweizerischen Wirtschaftspolitik, scheint der Autorin aber mehr als deutlich, dass sie im Einklang mit dem dominierenden politischen Klima agierte.

Was Expertenwissen und deren Träger erwartet, die den ihnen entgegen gebrachten Erwartungen nicht mehr entsprechen, zeigt das Schicksal der alten Garde der Ingenieure während der sowjetischen Kulturrevolution. *Susanne*

18 ■ *Schattenberg* zeigt in Bild und Text auf, mit welcher Brutalität während des

ersten Fünfjahresplanes (1928–1935) ein Personalwechsel – und im weiteren Sinn ein Elitewechsel – vorgenommen wurde. Um die forcierte Schwerindustrialisierung zu realisieren, wird der Ingenieur mit vorrevolutionärer Ausbildung ersetzt durch einen explizit nicht als Spezialist bezeichneten technischen Berufsstand, der sich in erster Linie durch seinen Enthusiasmus und seinen Willen, eine neue Gesellschaft aufzubauen, auszeichnete. Die Kleidung als wichtiger Teil gesellschaftlicher Zeichensysteme wurde zum Objekt einer Kampagne, welche die alte Ingenieure mit der Macht visueller Mittel stigmatisierte und eliminierte.

HistorikerInnen vertreten eine Disziplin, deren Wissen im Vergleich zu anderen Disziplinen, etwa der Ökonomie oder neuerdings der Biotechnologie, eher selten als gesellschaftliches Orientierungswissen nachgefragt wird. In jüngster Zeit werden sie aber zunehmend mit Situationen konfrontiert, in denen die Spielregeln der Wissensordnung Experte – Laie gelten. Das ist immer dann der Fall, wenn historisches Wissen ausserhalb des universitären Rahmens nachgefragt respektive auch aus ausseruniversitären Mitteln finanziert wird. Die Mandatsforschung bietet in der Schweiz zunehmend mehr ausseruniversitär arbeitenden HistorikerInnen eine Existenzgrundlage,³ – und längst sind es nicht mehr nur kleine Jubiläumshefte, sondern mehrjährige, als Teamarbeit angelegte Projekte. Die Resultate aus zwei sehr unterschiedlichen Unternehmen dieser Art werden in diesem Jahr vorgelegt: Im Mai ist nach 14 Jahren Grundlagenarbeit die sechsbändige Baselbieter Geschichte erschienen, und ab Juli dieses Jahres werden nach fünfjähriger Forschung Studien und Schlussbericht der «Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» publiziert. Die beiden Beispiele mögen auch für eine unterschiedliche Indienstnahme historischen Wissens durch den Staat stehen: das Bedürfnis nach erneuter historischer Verortung und Identität im Fall des jungen Halbkantons Basel-Landschaft und die Parforce-Vergangenheitsbewältigung des Bundes auf Grund massiven politischen Drucks von aussen. Die Unterschiede sind bedeutend, der je geforderte Umgang oder die Reflexion über den Status als Experte entsprechend verschieden: Beim Projekt einer Regionalgeschichte herrscht eine vergleichsweise grosse Offenheit und die Eigendefinition als ExpertIn steht in gewisser Weise zur Disposition, sie kann sogar in der direkten Konfrontation mit dem «Laienpublikum» zu einem experimentellen Feld werden, wie *Daniel Hagmann* im Essay dieses Heftes vorführt. Die vom Bund zur (politischen) Problemlösung berufenen HistorikerInnen sehen sich und das von ihnen produzierte Wissen hingegen in besonderem Mass tagespolitischer Beobachtung und Spielregeln ausgesetzt. Die bisherigen öffentlichen Reaktionen zeigen, dass ihr Expertenstatus nur bei gesellschaftlich-politischer Kompatibilität anerkannt wird. Und das gilt auch und erst recht in einer Situation, in der das eigentliche ■ 19

politische Problem – gelöst allerdings durch eine finanzielle Transaktion der Grossbanken – längst vom Tisch ist. Historisches Expertenwissen kann und darf nun bestenfalls noch legitimierendes Wissen sein. Und es sind die Befürchtungen, dass es dies allenfalls nicht leisten wird – indem es an alte Probleme erinnert, anstatt ihre Erledigung zu bekräftigen – welche die gegenwärtige Erwartungshaltung bestimmen.⁴

Die ausseruniversitär verankerte und finanzierte Forschung hat indessen nicht bloss Ausnahmecharakter, sondern bekommt auch im regulären universitären Arbeitskontext zunehmende Bedeutung. Die Soziologin *Anne-Françoise Gilbert* hat bei Professoren nachgefragt, mit welchen Strategien die Autonomie des Faches und die Anforderungen des Marktes vereinbart werden. Wir eröffnen diesen Schwerpunkt gerne mit einem Aussenblick auf die Expertenpraxis in unserem Fach, zumal aus der Perspektive einer expertisenerprobten Disziplin. In diesem Sinn führt das vorliegende Heft auch die Diskussion fort, die in der vorangegangenen Ausgabe von *traverse* Reflexionen zum Beruf des Historikers, der Historikerin an der Wende zum 21. Jahrhundert angeregt hat.

Beatrice Schumacher, Thomas Busset

Anmerkungen

- 1 Inserat der Firma USWeb/CKS Switzerland, NZZ, 4./5. 3. 2000, 141.
- 2 Eine innovative Richtung schlagen die *governmentality studies* ein, welche an Foucaults spätes Konzept der *gouvernementalité* anschliessen, und die Funktionsweise politischer Macht in liberal-demokratischen Regierungssystemen analysieren. Dabei werden Wissenstechniken als diskursive Techniken aufgefasst. Vgl. Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann, Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a. M. 2000; Ansätze zeigen sich u. a. in der Erprobung geschlechtergeschichtliche Perspektiven in der politischen Geschichte. Vgl. Thomas Kühne, «Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik», in Hans Medick, Anne-Charlott Trepp (Hg.), *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte*, Göttingen 1998, 171–231.
- 3 Ein Reflex darauf ist auch die Tatsache, dass eine Arbeitsgruppe «Berufsbild» die damit verbundenen berufspolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen im Rahmen der Neuformierung der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz thematisiert.
- 4 Vgl. zu diesen Überlegungen in internationalem Vergleich: Oliver Rathkolb, «Die späte Wahrheitssuche. Historikerkommissionen in Europa», *Historische Anthropologie* 8 (3/2000), 445–453.

«L'EXPERT»

L'ASCENSION D'UNE FIGURE DE LA VERITE ET DU SAVOIR

“Are you an e-xpert?” La question s’adresse aux lecteurs d’offres d’emplois. Le «e» ainsi mis en exergue fait office de symbole que nous sommes censés lire comme un signal annonçant un monde nouveau, autre et virtuel. Ce monde du «e» semble aller de pair avec un savoir expert. Celle ou celui qui se sent concerné et lit la suite de l’annonce apprend que l’entreprise est à la recherche de *content managers*, de *natural developers* ou encore de *AS/400 operators*.¹ Les initiés qui savent de quoi il en retourne ont franchi la première étape de la sélection.

Avec des moyens rudimentaires, l’annonce parvient à créer un antagonisme entre experts et profanes. La production de cette opposition duale figure parmi les opérations essentielles liées à la thématique qui fait l’objet de ce cahier. Qu’est-ce qu’un expert et qui devient expert? En quoi le savoir devient-il un savoir expert? Qui fait appel à ce savoir, quand et pourquoi? L’observation selon laquelle l’expert ne semble concevable que dans sa forme grammaticale masculine, alors que l’«experte» apparaît presque insolite, n’est-elle qu’un produit de l’imagination? Ces interrogations renvoient à des questions fondamentales, mais comportent également une dimension spéculative. Les réflexions touchant à l’usage social du savoir ouvrent un large champ thématique. L’implémentation des connaissances médicales dans l’extension de l’Etat social, les confrontations résultant de l’impact des innovations techniques, ou le rôle des experts en tant que propagateurs de nouvelles technologies ménagères ou de nouveaux comportements de consommation – autant de sujets tirés d’un éventail de thèmes de recherche stimulants, auxquels les historiennes et les historiens ont porté un intérêt accru au cours des dernières années. Les approches récentes en histoire des sciences et des techniques, de même qu’en histoire culturelle ont contribué à ce regain d’intérêt. Au plan thématique, les contributions réunies dans cet ouvrage se situent quant à elles dans un champ qui appartient traditionnellement à l’histoire de la politique et de l’administration, un domaine qui a été pour ainsi dire redécouvert par les chercheurs anglais et nord-américains voici quelques années déjà, puis avec un certain décalage chez nous.² Pour ce dossier, nous avons défini la thématique sous un ■ 21

angle fonctionnel, en nous focalisant sur l'interface entre les producteurs et productrices du savoir d'une part, et l'Etat ou les acteurs politiques d'autre part. Les auteures et auteurs abordent la problématique selon des approches différentes. Géographiquement, les sujets traités sont localisés surtout en Europe occidentale, mais également aux Etats-Unis et en Union Soviétique. Au plan temporel, le cahier porte sur les 19e et 20e siècles, mais propose également un regard sur l'Epoque moderne.

Le transfert d'une thématique dont l'origine semble se situer au 19e siècle à une période antérieure conduit à s'interroger sur la définition de l'expert. C'est ce que fait *Achim Landwehr* dans ce volume. A ses yeux, les commissaires de la République de Venise du 16e siècle constituent, fonctionnellement parlant, l'équivalent de nos experts. Son analyse subtile démontre que la démarche de ces notables, chargés de l'examen de problèmes liés à la gouverne de l'Etat, ne relève pas seulement de la production de connaissances, mais qu'elle tient également du mythe. Selon l'auteur, nous devrions nous intéresser moins à la question de savoir dans quelle mesure ces connaissances sont conformes à la «réalité» d'alors, mais davantage aux processus par lesquels le savoir sur un objet a pu s'établir, ou, en d'autres termes, dans quelle mesure «production du savoir signifie pouvoir». Avec cette question, à laquelle se rattache celle de la hiérarchisation, on revient à parler de la structure duale des savoirs expert et profane. En substance, l'interrogation porte sur les processus sociaux et culturels qui conduisent à différencier un savoir d'un autre, et ce relativement à son statut et à sa portée sociale. Pour asseoir la position d'un savoir ainsi rehaussé, on parle volontiers de «vérité». Une structure binaire du type «experts versus profanes» offre à cet égard des avantages, car elle implique l'existence de deux formes de savoir différentes, non comparables, et permet de produire un rapport hiérarchique. Le procédé n'est pas sans rappeler la construction des relations de genres, laquelle a pris appui sur les différences fondamentales du sexe et a pu fonder et justifier à travers leurs caractérisations un ordre. Celui-ci n'est toutefois pas résulté de lui-même, mais a exigé et exige un effort permanent.

Les contributions réunies dans ce cahier montrent que l'histoire de l'ascension de l'expert en tant que figure de la vérité et du savoir est non seulement une histoire de luttes continues mais aussi celle d'une chute toujours possible. Plusieurs auteures et auteurs abordent les modalités de la démarcation et du statut du savoir, mais aussi la grande fragilité des représentations de soi et de l'image des expertes et des experts. *Diana Le Dinh* et *Thomas Busset* le montrent à l'exemple des statisticiens impliqués dans les enquêtes sociales en Suisse au 19e siècle. Sur le long terme, on retrouve une tendance connue conduisant des généralistes philanthropes aux spécialistes, de même qu'un affinement des méthodes d'investigation. Au tournant des années 1870 apparaît

une réflexion marquée par un souci de scientificité. Si, par la suite, la nécessité de faire appel à des experts en statistique pour traiter l'information recueillie lors d'enquêtes semble peu à peu s'imposer, leur statut n'est pas reconnu pour autant à la fin du siècle. Dans une campagne de presse menée à Berne au cours des années 1890 au sujet de la nomination d'un statisticien municipal, les forces politiques conservatrices parviennent à faire capoter le projet, notamment en discréditant le candidat pressenti qu'ils accusent de sympathie envers les sociaux-démocrates. De l'autre côté de l'Atlantique, les protagonistes de l'avènement de la sociologie furent eux aussi soumis à de rudes attaques, comme le révèle l'article de *Rainer Egloff* sur l'institutionnalisation de la discipline aux USA. L'expertise sociologique se détacha de disciplines concurrentes en empruntant de plus ou en plus fréquemment des analogies aux sciences naturelles. Ainsi, elle visait une sorte de «neutralité dépourvue de toute connotation moralisante», qui devait assurer le statut de ses représentants et de leur savoir, ce qui ne réussit que partiellement. En 1918, une affaire de mœurs montée en épingle fournit à la direction de l'université de Chicago un prétexte pour renvoyer l'un de ses éminents professeurs, qui s'était attiré l'hostilité des gens bien pensants à cause de ses prises de position en faveur de la contraception. Sa carrière scientifique connut une suite hors de l'institution. Le cas montre toutefois que le statut de l'expert reste tributaire du contexte. Le savoir est reçu pour autant qu'il est conforme aux attentes des groupes sociaux influents. Les résultats d'une étude sur la politique extérieure de la Suisse durant l'entre-deux-guerres vont dans le même sens. *Madeleine Herren* et *Sacha Zala* mettent en lumière la problématique des experts à travers l'octroi de mandats par le département fédéral des affaires étrangères. Les auteurs constatent sur la base du choix des membres des délégations à des conférences internationales et des directives qui leurs sont données, que la définition de l'expert est appliquée de façon large. Les débats internationaux menés alors au sujet de la fonction et de l'importance des experts au sein de l'Etat ne rencontrent pas d'échos en Suisse. L'approche demeure pragmatique et répond aux besoins du moment. Trois exemples permettent aux auteurs d'illustrer la manière dont le savoir spécialisé est mobilisé au profit de l'Etat. Ces cas soulèvent la question du lien entre la marge de manœuvre des acteurs et leur «proximité» du pouvoir. Ils montrent à tout le moins que les qualifications scientifiques ne constituent pas le seul critère, mais qu'en jouant habilement avec le flou inhérent à la notion d'expert des personnages aux compétences douteuses parviennent à disposer, au moins momentanément, d'une notoriété et d'une influence appréciables.

Le rôle de la demande et des attentes ressort également avec force de la contribution de *Wiebke Kolbe*. L'auteure y compare les politiques préconisées ■ 23

en matière de petite enfance et de travail féminin au lendemain de la Seconde Guerre mondiale en République fédérale allemande et en Suède. Alors que les experts allemands plaident en faveur d'une présence continue de l'enfant auprès de sa mère, en prétextant qu'une absence même brève pourrait causer des troubles psychologiques graves, leurs homologues scandinaves encouragent au contraire le travail féminin tout en affirmant qu'une socialisation précoce de l'enfant en crèche ne peut être que bénéfique. Kolbe montre que ces positions diamétralement opposées reposent sur des cultures politiques mais aussi des constellations et des traditions sociales très différentes, voire qu'elles répondent à une véritable demande. En Suède, la main d'œuvre féminine était prisée parce que jugée indispensable au développement économique du pays, alors qu'en Allemagne on misait sur la stabilité sociale, dont la famille était une garante. L'importance et la confiance accordées aux experts résulteraient donc de la conformité des résultats escomptés avec les attentes politiques et sociales. *Sophie Pavillon* en livre un exemple probant dans son étude sur la commission d'observation conjoncturelle instaurée par les autorités helvétiques en 1932, lorsque les répercussions de la crise mondiale commencent à frapper le pays. Le cénacle regroupe des économistes et des statisticiens, et parvient à associer en son sein l'économie privée et l'administration fédérale. Vu sa composition, il est étonnant qu'aucune étude n'y ait été consacrée jusque-là. En fait, la commission s'insère dans un dispositif plus complexe dont les tenants et les aboutissants sont encore mal connus. En l'état des connaissances, il demeure difficile de savoir si les observateurs de la conjoncture ont eu un impact sur des décisions concrètes ou si leurs rapports ont eu surtout un effet idéologique. Si l'on confronte la position de la commission à la direction suivie en matière de politique économique par la Suisse, force est de constater qu'elle était en tout cas en harmonie avec le climat politique dominant.

Le sort qui peut guetter les experts qui ne répondent plus aux attentes nous est démontré à l'exemple de la vieille-garde des ingénieurs durant la révolution culturelle soviétique. *Susanne Schattenberg* montre par l'image et le texte avec quelle brutalité a pu s'opérer un changement de personnel – et par là d'une partie de l'élite – pendant le premier plan quinquennal. Afin de forcer l'industrialisation lourde, les autorités substituent à l'ingénieur formé avant la révolution des techniciens auxquels on ne veut plus attribuer la désignation de spécialistes, puisqu'ils sont censés se mettre en exergue par leur enthousiasme à forger la société nouvelle. Une campagne visant les signes vestimentaires a permis de stigmatiser et d'éliminer les anciens ingénieurs.

Les historiennes et les historiens sont les représentants d'une discipline dont le savoir occupe aujourd'hui une position en retrait par rapport à l'économie

24 ■ ou la biotechnologie, pour ne citer que ces exemples. Au cours du passé récent,

ils ont cependant été confrontés à des situations fonctionnant selon l'opposition experts-profanes. Tel est notamment le cas lorsqu'il y a une demande du savoir historique hors du cadre universitaire, ou lorsque des recherches sont financées autrement que par les canaux institutionnels usuels tel que le Fonds national de la recherche scientifique. En Suisse, la recherche sur mandats offre à un nombre croissant d'historiennes et d'historiens non affiliés à une université une base d'existence.³ Depuis longtemps, ces travaux ne concernent plus seulement des brochures produites à l'occasion de jubilés ou autres anniversaires, mais aussi des projets conduits par des équipes et étalés sur plusieurs années. En mai de cette année a paru une histoire du canton de Bâle-Campagne en six volumes, couronnant près de 15 années de recherches. A partir du mois de juillet seront publiées les études réalisées par les collaborateurs et collaboratrices de la «Commission indépendante d'experts Suisse – Seconde Guerre mondiale», qui seront suivies par une synthèse rédigée par les membres de la commission. Ces exemples illustrent deux formes de mobilisation du savoir historique par l'Etat: un besoin de localisation historique et d'identité de la part du demi-canton de Bâle-Campagne d'une part, et un travail de remémoration demandé par les autorités fédérales suite aux pressions massives de l'étranger d'autre part. Les différences sont significatives tout comme sont différentes les attentes ou les réflexions relatives au statut de l'expert. Dans le cadre du projet d'histoire régionale, la transparence est relativement grande et la conception qu'ont l'experte et l'expert de leur travail est soumise à discussion, la confrontation directe avec le «public des non-spécialistes» pouvant même se muer en un laboratoire riche en enseignements, comme le révèle l'essai de *Daniel Hagmann*, qui figure au sommaire de ce cahier. Les historiennes et historiens auxquels ont fait appel les autorités fédérales pour résoudre un problème de nature politique, se voient confrontés à une observation et à des règles du jeu politiques. Les réactions exprimées jusque-là à leur rencontre montrent que leur statut d'experts n'est reconnu qu'en cas de compatibilité sociale et politique. Cela reste vrai alors même que le problème politique initial a été résolu entre-temps, par une transaction financière des grandes banques il est vrai. Dans ce contexte, l'expertise historique ne peut être guère plus qu'un savoir légitimant. Et ce sont précisément les craintes que le savoir historique ne jouera pas ce rôle – parce qu'il fera resurgir des problèmes «anciens» au lieu de confirmer qu'ils ont été réglés définitivement – qui conditionnent les attentes actuelles.⁴

La recherche établie et financée hors des institutions et des canaux universitaires n'a plus aujourd'hui le caractère accessoire voire marginal qu'elle avait autrefois, mais elle prend au contraire une signification accrue dans l'activité menée au sein des instituts universitaires. La sociologue *Anne-Françoise Gil-*

bert s'est entretenue avec trois professeurs d'histoire, auxquels elle a demandé quelle stratégie ils adoptaient pour concilier l'autonomie de la discipline et les impondérables du marché. Nous sommes très heureux de pouvoir ouvrir notre dossier thématique par un regard extérieur sur les conceptions qui prévalent en histoire, et ce d'autant plus qu'il provient d'une discipline qui a fait ses preuves en matière d'expertise. Ainsi, ce cahier s'inscrit dans le prolongement du précédent numéro de *traverse*, qui avait entamé une réflexion sur le métier d'historienne et d'historien au seuil du 21^e siècle.

Thomas Busset, Beatrice Schumacher

Notes

- 1 Annonce de l'entreprise USWeb/CKS Switzerland parue dans la *NZZ* du 4/5. 3. 2000, 141.
- 2 Une voie intéressante est proposée par les *Governmentality Studies* qui, dans le prolongement du concept de «gouvernementalité» de Foucault, analysent le fonctionnement du pouvoir politique dans les démocraties occidentales. Les techniques cognitives sont comprises en tant que techniques discursives. Cf. Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann et Thomas Lemke (éd.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Francfort s. M. 2000. On peut mentionner aussi l'apport des *gender studies* en histoire politique; cf. Thomas Kühne, «Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik», in Hans Medick et Anne-Charlott Trepp (éd.), *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte*, Göttingen 1998, 171–231.
- 3 La constitution récente, au sein de la Société suisse d'histoire, d'un groupe de travail censé examiner la situation professionnelle et juridique des historiennes et historiens constitue un signe tangible des changements qui s'opèrent à l'heure actuelle.
- 4 A titre de comparaison internationale, cf. Oliver Rathkolb, «Die späte Wahrheitssuche. Historikerkommissionen in Europa», *Historische Anthropologie* 8 (3/2000), 445–453.